



Muss der Bundesrat das Volk führen?

Mit Didier Burkhalter (FDP, NE) ist der Mann in den Bundesrat gewählt worden, der zu Diensten von NR Andreas Gross (SP, ZH) seine Partei, die FDP, dafür gewonnen hat, die volksnahe Volksinitiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda» zu bekämpfen. Er brachte die parlamentarische Initiative ein, welche das anmassende Ziel verfolgte, in der Schweiz durch eine sogenannt aktive «Information» der Behörde (sprich Propaganda) die direkte Demokratie – zugunsten einer geführten – abzuschaffen. Unser neuer Bundesrat hat zusammen mit der Classe politique die Abstimmung vom 1. Juni 2008 gegen das Volk gewonnen und damit in der Schweiz die geführte Demokratie etabliert.

Seiner elitären Gesinnung entsprechend erklärt Didier Burkhalter nach seiner Wahl zum Bundesrat als erstes öffentlich: der Bundesrat müsse (das Volk) führen. Es wird gemunkelt, die Wahl zum Bundesrat sei der Judaslohn für seinen Verrat der direkten Demokratie. Didier Burkhalter wird nachgesagt, er sei ein Euro-Turbo; d.h. er werde sein Amt als Bundesrat zur Einverleibung der Schweiz in eines der demokratiefeindlichsten Gebilde unserer Zeit missbrauchen.

Eine Integration in die EU führt in die Knechtschaft einer Organisation, die der Gewaltenteilung, dem Garant von Rechtsstaatlichkeit und gegen Amtsmissbrauch, nur Hohn und Verachtung entgegenbringt. In der EU geht alle Macht von der Obrigkeit, der Kommission, aus. Diese beschliesst über die Köpfe ihrer Bürgerinnen und Bürger und der Parlamente hinweg die ihr passenden Gesetze, denen wir uns alle unterzuordnen haben. Die EU ist – so wie sie sich uns heute präsentiert – ein zentralistischer Machtkoloss (vgl. dazu etwa: «Europa: nicht ohne uns!» Mehr Demokratie, Hamburg 2009). Die EU kennt weder eine indirekte, geschweige denn eine direktdemokratische Mitgestaltung durch das Volk. Ebenso wenig kennt die EU – wie in jedem auch nur halbwegs funktionierenden Rechtsstaat üblich – eine wirksame Kontrolle der «staatlichen»¹ Gewalten, weshalb diese tun und lassen, was ihnen gefällt.

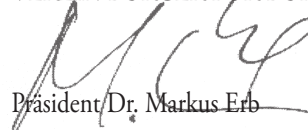
Der Verein «Bürger für Bürger» motiviert und ermutigt Bürgerinnen und Bürger zu mehr Demokra-

tie und zum Widerstand gegen Korruption und Unterdrückung im Zentralismus à la EU. Der Verein «Bürger für Bürger» will zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern eine demokratische Rückbesinnung, und insbesondere den Stopp der grassierenden Behördenmanipulation, dem Volksbetrug schlechthin.

Der Verein «Bürger für Bürger» hat es sich daher zur Aufgabe gemacht, auf demokratiefeindliche Propaganda der Behörde zur Führung des Volks, wie sie anscheinend Bundesrat Didier Burkhalter plant, aufmerksam zu machen. Er mahnt Bundesräte wie Didier Burkhalter, welche die Schweiz in eines der demokratiefeindlichsten Gebilde unserer Zeit treiben wollen, an ihren Schwur und ihre Pflicht. Der Verein «Bürger für Bürger» ist die einzige Organisation, welche regelmässig auf die Anmassung einer

aktiven «Behördenpropaganda» zur Unterdrückung und Ausbeutung seiner Bürgerinnen und Bürger aufmerksam macht. Er zeigt den Bürgerinnen und Bürgern auf, welche Möglichkeiten sie haben, sich dagegen zu wehren. Unabhängig von wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen und Verpflichtungen erhebt der Verein «Bürger für Bürger» seine Stimme für eine unbeeinflusste, freie Meinungsbildung der Stimmberechtigten. Die freie Meinungsbildung – und nur diese – ist Garant für ein freies, souveränes Volk. Dafür kämpfen wir. An diesem Kampf teilzunehmen, dazu laden wir Sie ein.

VEREIN BÜRGER FÜR BÜRGER


Präsident/Dr. Markus Erb

Propagierte Krankheit, krankmachende Propaganda – oder krank durch Propaganda?

Daniel Trappitsch, Domat/Ems

Von welcher Seite man die momentan laufende Angstmache im Zusammenhang mit der Schweinegrippe auch betrachtet, die offiziellen Ämter sind nichts anderes als Sprachrohre der Wirtschaft, in diesem Fall der Pharma. Dass es durch diese aufschürende (oder besser gesagt Angst machende) Propaganda für die Impfungen und das Tamiflu zu einer Pandemie kommen könnte, liegt auf der Hand.

Angst war, ist und bleibt einer der grössten Faktoren, welcher sich negativ auf das Immunsystem auswirkt (Volkswisheit: Diese Angst macht mich krank!). Es bleibt also abzuwarten, was der Herbst

noch bringen wird. Warum wird aber eine solche Angst geschürt, obwohl sogar die Wissenschaft erkannt hat, dass Angst negative Auswirkungen hat?

Themen in dieser Ausgabe:

Muss der Bundesrat das Volk führen?	S. 1
Propagierte Krankheit, krankmachende Propaganda – oder krank durch Propaganda?	S. 1+2
Rückfall in den Absolutismus.	S. 2+3
Bürgerinnen und Bürger schreiben ...	S. 3+4

Grundsätzlich kann man den Behörden keine Börsartigkeit unterstellen, höchstens eine grosse Portion an Naivität. Die Behörden erhalten ihre Infos aus den offiziellen Stellen, wie z.B. die WHO oder das CDC, in deren Gremien Pharmavertreter sitzen. Es wird lediglich reagiert auf die Infos. Dieses naive Reagieren lässt sich bis auf die Institutionen, in welchen sich, im Falle der Schweinegrippe, Menschenansammlungen mit dem entsprechenden Infektionsrisiko einfinden können, nachvollziehen. Spricht man mit diesen Menschen dort, ist kein Verständnis für die Hysterie vorhanden.



¹ Die EU ist kein Staat, weshalb eigentlich auch nicht von «staatlicher» Gewalt gesprochen werden kann. Des ungeachtet verfügt die EU über immense Gewalt über ihre Bürgerinnen und Bürger.

Was will man mit einer Propaganda im Gesundheitsbereich erreichen? In erster Linie Umsatz. Dies rönt nun sehr hart, ist aber Fakt und kann belegt werden. Denn, solange Institutionen im Gesundheitswesen durch begründete oder auch unbegründete Mehrleistungen auch mehr Geld generieren können, solange wird dieser Hebel *Fiat Money* (es werde Geld) genutzt. In diese Richtung läuft die Propagandamaschinerie im Zusammenhang mit der Schweinegrippe auch. Denn es liegt im Zusammenhang mit der Schweinegrippe einiges im Argen.

Der wichtigste Fakt ist, dass die Impfung in einem Turbotempo entwickelt und zugelassen wurde. Die Nebensächlichkeit, dass sie deshalb nicht wie eigentlich rechtlich festgelegt überprüft werden konnte, fällt dabei unter den Tisch. Das ist, in Anbetracht der Dringlichkeit, natürlich nicht wichtig. Jedoch sind die Inhaltsstoffe mehr als fragwürdig. Neu dazu kamen die Nano-Partikel. Diese Partikel werden in die vermeintlichen Gene der Viren gesetzt und sollen so die Impfwirkung positiv beeinflussen. Diese Nano-Partikel sind jedoch so klein, dass sie die DNA der menschlichen Zellen schädigen können. Soll damit erreicht werden, dass die Behörden-Propaganda besser ankommt? Braucht es das, weil der Mensch langsam, aber sicher wach wird? Hat der zur Weisheit mutierte ursprüngliche Stammtischspruch mehr dran, als angenommen: *«Die Kunst der Politik ist, den Bürger so über den Tisch zu ziehen, dass die entstehende Reibung als Nestwärme empfunden wird!»*

Der Herbst wird heiss, kaum von den Temperaturen, jedoch von der persönlichen Entscheidungskraft her. Lässt sich die breite Masse noch länger für dumm verkaufen – oder wacht sie langsam auf und nimmt die Fäden wieder in die eigenen Hände? Die Impfung wird kommen, auch wenn keine wirkliche Gefahr durch die Sch(w)ein(e)grippe besteht, denn die Grippe findet jedes Jahr statt. Die danach entstehende Pandemie wird aufgrund der Impf- und Tamiflu-Nebenwirkungen ausgelöst werden. Die so aufkommenden Fälle werden einem bösen, jedoch noch nie bewiesenen Virus in die Schuhe geschoben. Weitere behördliche Scheuklappenmassnahmen sind danach zu erwarten. Angstmachende Propaganda wird sich dann auch auf die Menschen auswirken, die bisher gesund, weil ungeimpft, geblieben sind (analog spanische Grippe). Der Druck wird auch aus der Bevölkerung unter Umständen massiv zu nehmen.

Und Nichtgeimpfte werden noch mehr an den Pranger gestellt.

Diese trüben Aussichten (jedoch stirbt die Hoffnung nie, dass es anders werden wird) lassen einem die Stimmen aus den Behördenebenen bereits heute in den Ohren dröhnen. Deshalb, liebe Leserin und lieber Leser, lassen Sie sich nicht mehr weiterhin vorführen, auch in Bezug auf die Gesundheit nicht mehr. Nehmen Sie Ihre Gesundheit wieder in die eigenen Hände – und sorgen Sie auf natürliche Art und Weise vor. Es gibt mehr als genügend Informationen rund um die Schweinegrippe. Vertrauen Sie auch Ihrem Gefühl. Interessant ist es auf jeden Fall, dass kaum ein Mensch Angst vor der Schweinegrippe hat und auch Ärzte sich hinterfragen. Dies zumindest zeigen Anrufe von besorgten Ärzten, die bereits bei der Redaktion eingegangen sind.

Es gibt noch einen weiteren Faktor, der eine Pandemie zumindest für die Finanzjongleure wünschenswert macht. Das Finanzsystem ist noch nicht ganz am Boden aufgeschlagen. Es befindet sich weiterhin, wenn auch verlangsamt, im Fallen. Die Verschuldung hat eine so massive Höhe angenommen, dass wir mit jedem Gegenstand, den wir kaufen, rund 70 % Zinsen bezahlen. Dass ein solches System nicht aufgehen kann, liegt nur schon mathematisch auf der Hand. Mit dem «geplanten» Ausfall von bis zu 40 % der Arbeitskräfte würde die Wirtschaft kollabieren. Damit wäre die Grundlage geschaffen, den Viren die Schuld in die Schuhe zu schieben und

dann weitere massive Massnahmen anzuordnen, wie z.B. die Zwangsimpfungen, Bargeldlos bis Mikrochip, Implantate und einiges mehr. Die Rechte des Volkes könnten so noch mehr beschnitten werden und würden sogar auf breite Zustimmung stossen, was sonst kaum möglich wäre. Dies ist eine Hypothese, die aber durchaus so geplant sein könnte.

Lassen Sie sich jedoch nicht überraschen, denn wörtlich gemeint heisst dies: so etwas kommt zu (über-)rasch, um sinnvoll zu reagieren. Nur heute können wir durch Aufklärung eine solche Situation verhindern. Packen wir's an, es gibt viel zu tun.

Am 29. September 2009 wurde im Staatsradio DRS1, abends 17 Uhr und 18 Uhr, zur besten Sendezeit verkündet, dass in Silenen, Kanton Uri, 30 Schulkinder an Schweinegrippe erkrankt seien. Am folgenden Morgen berichtete der «Blick», normalerweise das oberste Boulevardblatt der Schweiz, völlig korrekt, dass «in Silenen möglicherweise ein Kind am H1N1-Virus erkrankt sei». Im Staatsradio fand man es nicht für nötig, eine Entwarnung durchzugeben. Man hätte ja zugeben müssen, dass es sich um eine Falschmeldung gehandelt habe! Oder hat man hier eine Gelegenheit gesucht, die Leute zu erschrecken und eine Ausbreitung der Schweinegrippe vorzutäuschen?*

* (Den gleichen Bericht verbreitete auch das Staatsfernsehen in der Tagesschau. Die Red.)

Rückfall in den Absolutismus. Neue, undemokratische Strukturen.

Verena Guran-Fierz, Zumikon

Nach allgemeiner Übereinkunft hat eine Demokratie eine vom Volk erlassene Verfassung, der sich alle nachfolgenden Gesetze unterzuordnen haben. Darin eingeschlossen ist die Gewaltentrennung. Die Staatsbürger eines Landes müssen ihr in einem bestimmten Mehrheitsverhältnis zustimmen, damit sie in Kraft treten kann.

- Die **Legislative**, also gesetzgebende Versammlung: Ein von den Bürgern gewähltes Parlament. In der direkten Demokratie der Schweiz entscheiden die Bürger auch über Gesetze und Sachfragen.
- Die **Exekutive**: Die vom Parlament oder den Bürgern direkt gewählten Regierungsmitglieder, die sich bei der Wahl verpflichtet haben, die Vorgaben der Bevölkerung bestmöglich umzusetzen.
- Die **Judikative**: Richter und autorisierte Amtspersonen, die für die Überwachung der verfassungskonformen Gesetze und ihrer Anwendung verantwortlich sind.

Die EU, obwohl sie diese Grundlage anerkennt, weltweit propagiert und von andern Ländern strikte einfordert, entspricht ihnen in keiner Weise.

Das «Europa»-, besser EU-Parlament, ist nur dem Namen nach ein Parlament. Wohl wird es von der Bevölkerung der Mitgliedsländer gewählt, hat aber keine gesetzgebende Funktion. Es kann Gesetze nicht einmal vorschlagen; auch keine Kommissionsmitglieder. Dieses «Parlament» hat in bestimmten Fällen ein Vetorecht, sonst nur beratende Funktion. Der Ministerrat besteht, wie sein Name sagt, aus Exekutiv-Mitgliedern der angeschlossenen Länder. Er kann auch nicht gesetzgebend wirken, da seine Mitglieder nur für die spezifischen Ministerien ihrer Heimatländer gewählt sind, also in dieser Funktion kein Parlament bilden können.

Die aus dem Ministerrat hervorgegangene «Kommission» und die von ihr bestellte und kontrollierte

Verwaltung, erlässt die Gesetze und überwacht mit dem selbstgeschaffenen und von ihr abhängigen «Europäischen»-, besser EU-Gerichtshof, ihre Durchführung.

Wie einst die absoluten Herrscher, ist die Kommission Gesetzgeber, Regent und Feldherr in einem.

Sie bestimmt die Innen- und die Aussenpolitik, auch die Geldausgaben für die letztere.

An diesen grundsätzlichen Verhältnissen wird auch der «Lissabonvertrag» nichts ändern, da die Gesetze aus der Verfassung hervorgehen müssen und nicht nachträglich von einem verfassungsähnlichen Vertrag sanktioniert werden können.

EU-Vorschriften verwenden nie die für Gesetze gebräuchliche Nomenklatur. Sie sind im demokratischen Sinn ja auch keine. Sie heissen etwa «Casside Dijon-Prinzip», «Vertrag von Nizza», «Schengen-Abkommen», «Verordnung über die Personenfreizügigkeit» oder «Richtlinie zur Bratwurstherstellung». Dazu gehören auch Phantasienamen für die Diplomatie, wie «Aussenbeauftragter» und «Hoher Rat».

Ein weiteres Beispiel eines Rückfalls in den Absolutismus ist die OECD. Ursprünglich eine Vereinigung für praktische Zusammenarbeit, benehmen sich diese Abgesandten zunehmend als supranationale Regierung, die andern Ländern, bizarrerweise sogar eigenen Mitgliedern, Rechtsvorschriften macht, obwohl ihr diese Kompetenz fehlt.

Da offensichtlich eine legale Rechtsgrundlage fehlt, behilft sich die OECD mit Erpressung. Sie erfindet «Schwarze» und «Graue» Listen, die bestimmt in keinem Gesetzbuch zu finden sind.

In Steuerfragen so einer Zumutung nachzugeben, ist nicht nur unnötig, sondern ein Verrat der Rechtsordnung des eigenen Landes.

Auch die Teilnehmer der G7, G8 oder G20 sind nicht mit Regierungsvollmacht ausgestattete Statthalter eines Souveräns, sondern bloss Minister ihres Staates in wechselnder Gruppierung. Sie nützen die Wirtschaftskraft ihrer Länder, um Druck auszuüben. Verbindliche Vorschriften mit gesetzlicher Grundlage, zum Beispiel für Banken, können sie keine machen.

Die Kosten für all die ungesetzlichen Nebenregierungen und ihre Verwaltung trägt der arbeitende Bürger, ohne den kleinsten Einfluss auf die Verwendung der Gelder zu haben. Die können in beliebige Taschen verschwinden.

In der Schweiz ist das sogenannte «Harmos-Konkordat» ein Beispiel dieser Art.

Die Erziehungsdirektorenkonferenz besteht aus Exekutivmitgliedern der Kantone. Sie sind, wie der Ministerrat der EU, keine gesetzgebende Versammlung. Sie können ihre Vorschläge für ein neues Volksschulgesetz harmonisieren soviel sie wollen, aber nicht die Kantone mit einem erfundenen Mehrheitsverhältnis zwingen, ihre Vorstellungen zu übernehmen.

Unsere Verfassung überträgt die Schulhoheit den Kantonen. Für eine gesamtschweizerische Lösung müsste diese Hoheit über das Schulwesen mit einer Verfassungsänderung auf den Bund übertragen werden. Dann wären National- und Ständerat für ein neues, schweizerisches Volksschulgesetz zuständig, das dem Referendum unterstellt bliebe. Das Resultat wäre eindeutig und zu Recht für alle Kantone verbindlich.

Dasselbe Muster findet sich bei der Übernahme von sogenanntem EU-Recht:

Über die bilateralen Verträge unterstellt sich die Schweiz Verordnungen eines demokratisch nicht autorisierten Gremiums. Im Falle der «Personenfreizügigkeit» wird unser korrekt erarbeitetes Ausländerrecht in bezug auf die EU vollkommen wegradiert. Der vermutlich nächste Schritt ist die Auflösung des Asylgesetzes.

Die EU drängt schon länger darauf, Flüchtlinge «pauschal», das heisst in Gruppen aufzunehmen, ohne Rücksicht auf die konkreten Verhältnisse der betroffenen Person. Das ist nicht nur unmenschlich, sondern die einfachste Methode, allerhand Verbindungsleute einzuschleusen. Ausserdem haben Flüchtlinge nicht *per se* den besseren Charakter als ihre Peiniger.

Die Schweiz würde damit die Kontrolle darüber verlieren, wer in ihrem Garten wohnen darf; mit entsprechenden sozialen und finanziellen Konsequenzen.

Die EU ist ein klassisches «Trojanisches Pferd», das uns mit schönen Worten wie «Wirtschaftsförderung» und «Solidarität» anempfohlen wird, ohne die Bürger auf die freiheitsberaubenden Nachteile hinzuweisen. Der Ruf nach Solidarität ist das beste Mittel, den Menschen ein schlechtes Gewissen zu machen und ihnen Geld aus der Tasche zu ziehen. Die Schweiz hat bereits 1,2 Milliarden Hilfe an die neuen EU-Länder zugesagt, obwohl die Erweiterung der EU ausschliesslich deren eigene Angelegenheit ist.

Die EU ist kein Staat, nur eine Vereinigung. Dazu ein sich ständig veränderndes, heterogenes Gebilde, auch was ihre Verordnungen betrifft.

Kein Mensch würde ein Haus mieten, dessen Lage, Preis und Ausführung nicht genau festgelegt sind, sondern vom Besitzer dauernd und zum Nachteil des Mieters umgebaut wird.

Verträge werden über bestimmte Gegenstände geschlossen, deren Tragweite beiden Parteien vollständig klar sein muss. Will eine Partei etwas ändern, muss der Vertrag neu aufgesetzt werden. Im Fall der «Bilateralen Verträge» ist das nicht möglich, so dass es fraglich ist, ob sie überhaupt gültig sind.

Diese Probleme sind dem «Integrationsbüro» des EDA, das den «Anschluss» an die EU betreibt, nicht unbekannt:

Hans Letsch schreibt in seiner Schrift «Wie viel Führung erträgt die Demokratie?» folgendes:

«Die Kampagne im Bundeshaus begann bereits im Frühjahr 2003, weil das „EURO-Barometer“ eine „besorgniserregende Wahrnehmung“ und grosse Skepsis“ gezeigt habe.

Der Startschuss ging vom Integrationsbüro des EDA aus. Dieses hat in einem 7-seitigen Info-Konzept den ganzen «Schlachtplan» dargelegt. Nach Aussen wurde das Konzept im Rahmen sogenannter Koordinationssitzungen verkauft, deren Geschäftsstelle beim Generalsekretariat der FDP lag. Teilnehmer waren politische Parteien (FDP, CVP, SP, Liberale), ferner Wirtschaftsverbände, aber auch Vertreter des Staates, sowohl der Kantonsregierungen als auch des Bundes. Die Leitung der Kampagne sowie deren Finanzierung sollte «Economie Suisse» übernehmen.

Die Strategie war von Anfang an darauf gerichtet, die Neinsager auszuschalten und Zwietracht in ihre Reihen zu tragen. Im Protokoll der Sitzung vom 16.04.2003 heisst es unter anderem: «Der Gegner wird gezielt geschwächt. SVP-Vertreter werden in die Pro-Kampagne eingebunden. Zögernde Bauern- und Gewerbevertreter sollen mit speziellen Angeboten gefügig gemacht werden.» Ein mehrseitiger Katalog von Zielgruppen und Kontaktpersonen sowie der einzusetzenden Mittel runden das Bild ab.

Bis jetzt hat der Plan tadellos funktioniert: Der EU-kritische Bundesrat Blocher wurde abgewählt, die BDP, die EU-freundlich stimmt, hat sich abgespalten und sitzt im Bundesrat. Die Gruppe

13, ein Teil der Abwahlseite, versuchte den «gefügig gemachten» Bauernverbandspräsidenten Hans Jörg Walter, SVP, in den Bundesrat zu drücken, wohl um die Einführung des von der EU gewünschten Agrarfreihandels zu befördern, den Bundesrätin Leuthard so eifrig propagiert.

Herr Peter Spuhler, SVP, als sehr bekannter Unternehmer, wohl auch «mit speziellen Angeboten gefügig» gemacht (wie z.B. mit einem grossen Auftrag für Ungarn), setzte sich vehement für die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit ein, im Gegensatz zu seiner Partei.

Anlässlich dieser Abstimmung kam etwas dazu, das nicht nur der in der Verfassung vorgeschriebenen neutralen Information widerspricht, sondern als gezielte Irreführung der Stimmbürger bezeichnet werden muss:

Der Satz «Rumänien und Bulgarien die Freizügigkeit zu verweigern sei gleichbedeutend mit der Diskriminierung zweier schweizerischer Kantone» wurde immer in derselben Form wiederholt, mit wechselnden Kantonsnamen.

Das sollte wohl den Anschein erwecken, die EU sei eine *Confoederatio* mit demokratischem Aufbau wie die Schweiz, was, wie die vorhergehenden Ausführungen zeigen, eine propagandistische Desinformation ist.

Verwendet haben diese Desinformation nachgewiesenermassen: Dick Marty, Christa Markwalder, FDP, Evelyn Widmer-Schlumpf, BDP, Micheline Calmy-Rey, Hans-Jörg Fehr, Ursula Wyss, SP, Kathy Ricklin, CVP.

Womit wir die Gesellschaft wieder beieinander hätten.

Zum Schluss zwei Verse aus Eichendorff's Gedicht «Zwielicht»:

Hast du einen Freund hienieden,
trau ihm nicht zu dieser Stunde,
freundlich wohl mit Aug und Munde,
sinnt er Krieg im tückschen Frieden.

Was heut müde gehet unter,
hebt sich morgen neugeboren,
manches bleibt in Nacht verloren.
Hüte dich, bleib wach und munter!

Bürgerinnen und Bürger schreiben...

Dieses «Forum» steht allen Bürgerinnen und Bürgern zum Gedankenaustausch offen. Der Vorstand «Bürger für Bürger» übernimmt keine Verantwortung für den Inhalt. Leserbriefe bitte senden an:
Otto Kotz, E-Mail: otto.kotz@gmx.ch
Bahnhofstrasse 34, 8264 Eschenz

Willi Pavan, parteilos, schrieb:

Sehr geehrte Redaktion

Bei sehr vielen Angelegenheiten kann ich Ihren Argumenten voll zustimmen, und ich finde es gut, dass es Vereine gibt wie «Bürger für Bürger». Jedoch was die IV anbelangt, muss ich Ihnen vehement widersprechen.

Boni für abzockende, bereits auf Rosen Gebettete, hat's Milliarden, dies ohne Volksbefragung. Abermilliarden zur fraglichen Rettung von Betrieben, die nur den Staat wollen, wenn sie Hilfe brauchen. Für die IV wurde trotz *Besitzstandsgarantie* (eine bodenlose Frechheit und Gesetzesübertretung) einer weiteren Verschlechterung (*minus* Fr. 684.– p. M. bei Verheirateten, 5. IV-Revision) zugestimmt, dies bereits nach anderen Abstrichen. Gerade bei

den Schwächsten, die sich z.T. kaputt gerackert haben für die Nimmersatten, will man nun weiter sparen. Paradox: da wollen einige in die EU mit über 16 % MwSt, aber für die Hilfe an unsere Bedürftigsten verweigern diese ein paar *o/oo*... (Promille, nicht Prozente), d.h. maximal 40 Rappen pro ausgegebene Fr. 100.–!!! Da wird Mordio geschrien, weil es ein- oder zwei Prozent IV-Bezüger hat, die schummeln (also weniger als bei anderen Versicherungen) und die verbleibenden 98–99 %? Niemand wehrt sich bei höheren Abgaben auf Treibstoff, Tabakwaren, Portogebühren, horrenden Mieten usw. Werden die Betroffenen noch mehr benachteiligt, werden diese wohl ihre Einkäufe oder gar ihren Wohnsitz und Steuerabgaben ins nahe Ausland verlegen müssen. Auch Parteiprääsidenten, die gegen die IV sind, erhalten ja Subventionen. Diese ungerechten, zum

Himmel schreienden Verhältnisse sind eines anständigen Staates einfach nicht würdig.
Mit besorgten Grüßen, Ihr
Willi Pavan, Rheinfelden, parteilos

freie-meinung.ch schrieb zurück:

Sehr geehrter Herr Pavan
Vielen Dank für Ihre Reaktion auf unsere Zeitung. Wir verstehen Ihre Besorgnis, müssen aber feststellen, dass Sie unsere Argumentationen nicht ganz verstanden haben. Gerade weil die Bedürftigsten benachteiligt sind und man sich mit dem wirklichen Grund der Verschuldung nicht auseinandersetzt, ist eine zusätzliche Finanzierung (AHV und Mehrwertsteuer) nur eine Verschiebung und verschleiert den falschen Kurs der IV. Nur durch ein Nein ist die Politik gefordert, nach Lösungen zu suchen, die greifen, um eine weitere Verschlechterung zu vermeiden, wie Sie sich das wünschen. Es ist grundsätzlich nicht mehr möglich, das Finanzsystem zu sanieren, egal auf welche Art und Weise auch immer. Wenn Sie einen Liter Milch im Coop oder sonst wo kaufen, decken Sie damit *70 %* Zinsbelastung beim Staat ab. Mit der Umverteilung, der Quersubvention durch die MwSt wird dem Volk noch mehr Geld aus dem Sack gezogen, um die Verschuldung zu kaschieren, die ja auch bei einem Bürger ohne private Schulden vorhanden ist (Staats-, Kantons-, Gemeindeforderungen hat schlussendlich der Steuerzahler zu therap-

pen!). Es geht doch im Moment mit all den neuen Regelungen «hier einen Franken mehr», «da einen Franken mehr» nur in eine Richtung: das letzte bisschen Geld aus dem Volk zu holen. Deutschland wird im Herbst ein Gesetz verabschieden, welches dem Staat erlaubt, die Spareinlagen der Bürger, rund 5 Billionen Euro, einzuziehen, zumindest zu einem guten Teil (geplant 20 %). Auch die Erhöhung der MwSt, welche 100%ig nicht zeitlich limitiert bleibt, sondern die Regel sein wird, geht nur ans Ersparnis des Volkes.

Es braucht jetzt, so schmerzhaft dies auch für die einzelnen Gruppen sein kann, ein klares Zeichen: Nein zur noch grösseren Ausblutung des Volkes und zu nutzlosen Symptombehandlungen. Dazu gehört auch ein Nein zur IV-Quersubvention. Denn solange dem einzelnen Bürger der Ernst der Lage nicht bewusst ist, wird die Abwärtsspirale sich unvermindert weiter drehen. Der Kollaps des gesamten Systems steht unmittelbar vor der Tür. Bitte sehen Sie die Zusammenhänge aus einem grösseren Blickwinkel.

Weitere Informationen dazu finden Sie unter www.freie-meinung.ch.

Dr. Markus Erb, Präsident

Willi Pavan, parteilos, antwortete:

Vielen Dank für Ihre äusserst interessanten Zeilen. Muss sagen, von dieser Perspektive aus hatte ich die

IV-Angelegenheit nicht betrachtet!
Wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg mit Ihrer sehr guten Zeitschrift.

Frau Bernadette Anliker-Febr, Diepoldsau, schrieb:

Guten Tag

Ihr Newsletter ist interessant, bringt aber nicht viel Neues, wenn man die Schweizerzeit und die Weltwoche liest. Trotzdem: steter Tropfen höhlt den Stein, und es ist sicher gut, wenn möglichst viele unserer Obrigkeit auf die Finger schauen. Allerdings befürchte ich, dass man schon gar nicht mehr viel ausrichten kann, denn «die da oben» machen in der Tat, was sie wollen. Sie lügen, betrügen, verheimlichen, verschleiern unser Geld, machen Bücklinge rechts und links, bis man sich schämt, Schweizer zu sein; öffnen Tür und Tor für jeden, der in die Schweiz will, ...

Dann die Hirngespinnste von Reduktion des Energieverbrauchs, während jährlich 130'000 neue Leute einwandern! Da kann man nur sagen: die spinnen da oben!

Ich behaupte heute, wir haben keinen einzigen guten Bundesrat, und es ist eigentlich egal, wer neu dazu kommt. Der Ueli Maurer hat ja auch nichts gebracht.

Ich verzichte trotzdem auf Ihren Newsletter, weil ich schlicht nicht noch mehr negative Meldungen lesen und verdauen kann – und will.

MINARETTE: DIE KIRCHE SCHWEIGT.

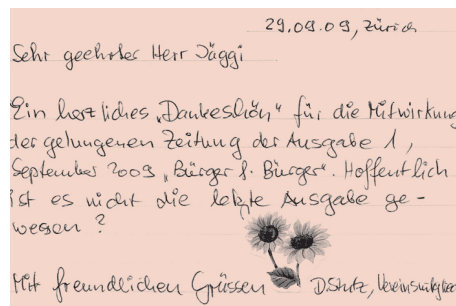
Es geht also wieder los:

Plakate, Rassismuvorwürfe, Parteiengezänk. Nüchtern betrachtet, gibt es einen fundamentalen Unterschied zwischen unserer Landeskirche und dem Islam: Die Hexenverbrennungen sind bei uns vorbei, «Unglaube» oder «Moralisches Fehlverhalten» kann nicht mehr von Gesetzes wegen bestraft werden. Unsere Religionsgemeinschaften sind von staatlichen Gesetzen vollständig abgekoppelt. Im Iran, z.B., besteht hingegen die oberste Behörde aus Geistlichen. In vielen islamischen Ländern wird von Staates wegen die «Scharia» eingeführt; eine rein religiös begründete Rechtsordnung. Deshalb ist umgekehrt jeder religiöse islamische Vorstoss auch ein politischer.

Es gibt viele islamische Länder, welche die «Juden» vernichten und «Ungläubige» bekämpfen wollen. Ist das nicht «rassistisch»? Wo ist da der Unterschied zu Hitler und den Nazi's, welche die Juden ermordeten und Andersdenkende verfolgten? Seit dem Bau der ersten Minarette in der Schweiz hat sich die Lage sehr verändert: Mit einem drohenden «was luegsch?» fängt es an und geht bis zu «Ehrenmorden» und Terroranschlägen. Schlimm ist, dass man sich fürchten muss, solche unbestreitbaren Tatsachen öffentlich zu erwähnen. Die christlichen Kirchen wollen sich daran nicht die Finger verbrennen. Statt die Freiheit des Glaubens zu verteidigen, verkriechen sie sich ängstlich hinter einer «Toleranz», die eher Feigheit ist und überlassen das Feld den Politikern, die solche Auseinandersetzungen oft als Gelegenheit zur «Profilerung», statt zu sachlichen Diskussionen nutzen.
Verena Guran-Fierz, Zumikon

Ja zur Minarettverbots-Initiative!

Der friedliebende Islame, dem es lediglich darum geht, hier in unserer Schweiz seinen Glauben praktizieren zu können, sollte sich in keiner Art und Weise an dieser Initiative gestört fühlen. Denn das Minarett braucht er dazu nicht!



Der kritische Beobachter sollte merken: Erlaubt man Minarette, so sind in einem weiteren Schritt die Muezzine (Gebetsausrufer) nicht mehr weit, obwohl vordergründig – allerdings nur vorläufig – dies in Abrede gestellt wird.

Bis zur Eroberung von Konstantinopel 1453 konnte der Islam nicht nach Europa eindringen. Später kamen die türkischen Armeen bis nach Wien, das 1683 erbitterten Widerstand leistete. Die Bedrohung der Christlichen Europäischen Kultur ist nicht neuen Datums, sondern hat in den vergangenen Jahrhunderten zu grossen Kriegen geführt. Das Christentum jedenfalls verteidigte sich in Europa unter gewaltigen Opfern. Der absolutistische Anspruch des strengen Islams bereitet freiheitsliebenden Bürgern, in einem freiheitlichen Staat, grosse Angst. Der Bundesrat beweist durch seine einseitige Parteinahme und Propaganda gegen diese Initiative, dass er die berechtigten

In der nächsten Ausgabe:

Überwachung durch den Staat – die Schweiz ist ganz vorne mit dabei.

- Sie gehört bereits zu unserem Alltag – und wird doch in ihrer Konsequenz kaum wahrgenommen.
- Soziale Brennpunkte mit Überwachung meistern?
- Agenda der Weltpolitik.
- Realität in der Schweiz.
- Echtzeitüberwachung in der Schweiz ohne Debatte.
- Was können wir dagegen tun?

Sorgen vieler Bürgerinnen und Bürger überhaupt nicht ernst nimmt.

In der Sure 4 Abschnitt 89 (91) des Korans finden wir Erschreckendes: «Sie wünschen, dass ihr ungläubig werdet, wie sie ungläubig sind, und dass ihr ihnen gleich seid. Nehmt aber keinen von ihnen zum Freund, ehe sie nicht ausgewandert in Allahs Weg. Und so sie den Rücken kehren, so ergreift sie und schlägt sie tot, wo immer ihr sie findet; und nehmt keinen von ihnen zum Freund oder Helfer.» Zitat Ende.

Wie kann ein Islame, dessen Glaube und Herz nur für Allah schlagen, sich in unserer Schweizerischen Defensiv-Armee, mit für ihn fremden Rechtsnormen und Gepflogenheiten, zurechtfinden? Es könnte gefährlich werden, wenn Armee-Angehörige der Schweiz mit islamischen Wurzeln an Waffen herankommen und man bedenkt, dass Ehrenmorde im Islam nicht verboten, sondern sogar – unter gewissen Umständen – zur «Rettung der Ehre der Familie» verordnet werden. (...)

Die Existenz von Parallelen zwischen der Verfolgung «abtrünniger» Katholiken im Mittelalter und dem Fundamental-Islamismus des 21. Jahrhunderts ist nüchterne Tatsache und hat mit Rassismus überhaupt nichts zu tun. Die in der Bundesverfassung festgeschriebene Religions- und Glaubensfreiheit bleibt trotz Minarettverbot garantiert.

Die Intoleranz der Toleranzsuchenden.

Im strengen Islam gibt es keine Toleranz, nur Gläubige oder Ungläubige. Minderheiten werden verfolgt. Sowohl unsere Kirchen als auch Frauenrechtsorganisationen halten sich mit Kritik feige zurück, obwohl diverse Freiheitsrechte dauernd verletzt werden. Wenn Minarette vom türkischen Ministerpräsidenten Erdogan als Bajonette bezeichnet werden, so bedeutet dies Macht, Kampf und Eroberung.

Auf eine friedvollere Zukunft zu hoffen, ist reichlich naïv. Wer gegen fremden, unberechenbaren Machtaufbau mit dessen Symbolen ist, legt am 29. November 2009 ein wuchtiges JA zur Eidg. Initiative gegen den Bau von Minaretten in die Urne!

Marcus Stoercklé jun., Basel